

Rede Burgplatz 8.9.10 – Uwe Fritsch – es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

- Wir demonstrieren hier für ein gutes Leben
- Es geht uns
  - o um Zugang zu guter Arbeit für alle
  - o um gute Bildung und Ausbildung
  - o um ein gutes Gesundheitswesen
  - o um eine gesunde Umwelt
  - o und nicht zuletzt um einen sicheren Lebensabend
- Teilerfolg in der Frage Rente mit 67
- Heute arbeiten nur 10% der Beschäftigten bis 65
- Faktisch Rentenkürzung
- Die Kürzungen sind Folge eines Wirtschaftssystems, in dem nicht der Mensch zählt, sondern nur Profit und Dividenden.
- Ungerechtigkeit hat System und dieses System heißt Kapitalismus.
- **Das** hat uns in die Krise geführt. Aber die Krisenverursacher kommen nicht nur ungeschoren davon, sondern gewinnen auch noch an der Krise.
- Die Mehrheit in unserem Lande lehnt dieses Kürzungsprogramm ab.
- Es spaltet unsere Gesellschaft
- Deshalb: Kurswechsel! Umsteuern!!
- Solange Profite und Dividenden unsere Wirtschafts- und Lebensbedingungen und auch die Politik bestimmen, werden wir die Verlierer bleiben, wenn wir uns nicht stärker einmischen.
- Darum müssen wir uns einmischen und Demokratie auch in der Wirtschaft praktizieren.

- Unsere Demokratie hat große weiße Flecken:
- Das sind die Banken, die Energiekonzerne, Versicherungen und Finanzinstitute.
- Das sind die Schuldigen für die Krise. Und deren Verfügungsmacht und Einfluss muss eingeschränkt werden.
- In unserer Verfassung heißt es in Artikel 20: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ und nicht: Die Bundesrepublik Deutschland ist eine marktradikale und neoliberale Ellenbogengesellschaft.
- Deshalb richtet sich unser heutiger Protest nicht nur gegen die aktuellen Sozialkürzungen der Bundesregierung
- er ist auch ein Plädoyer für den Erhalt unseres Sozialstaats, er ist ein Votum für eine Stärkung unserer Demokratie.
- In unserer Verfassung verankert ist außerdem eine Sozialbindung des Eigentums „Eigentum verpflichtet.
- Die Bundesregierung hat Skrupel den Unternehmen in die Tasche zu greifen.
- Keine Skrupel hat sie dabei, dass in Deutschland 1,7 Mio Kinder von Hartz IV leben müssen, jedes 4. Kind in Braunschweig
- Das könnte geändert werden, wenn die Politiker das wollten.
- Denn Geld ist vorhanden.
- Allein eine Millionärssteuer von 5% würde 80 Milliarden Euro in die Staatskasse bringen.
- Eine Transaktionssteuer auf spekulative Aktien- und Devisengeschäfte ist längst überfällig und könnte dazu benutzt werden, um die kommunalen und Landeshaushalte zu sanieren, damit öffentliche Aufträge für Beschäftigung und damit Kaufkraft sorgen können.
- Die Macht der Krisenverursacher einschränken und sie zur Kasse bitten, das ist unsere Alternative zur Kürzungspolitik der Bundesregierung.

- Wir brauchen nicht nur eine neue Regierung, sondern auch eine neue Politik.
- Das können wir erreichen, Kolleginnen und Kollegen, aber wir müssen uns stärker zu Wort melden.
- 
- Heute ist nur ein Auftakt. Unser Widerstand geht weiter.
- Ich bin optimistisch, denn es gibt machbare Alternativen.
- Aber die müssen wir gemeinsam durchsetzen auf der Straße und mit dem Wahlzettel.
- 

Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Deshalb sehen wir uns bei den nächsten regionalen Aktionen:

- Gegen die Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad am 29.9. in Salzgitter
- Für Ausbildung und Übernahme am 30.9. in Hannover
- Und nicht zuletzt am 6.11. in Hannover

Kurswechsel für ein gutes Leben – denn gerecht geht anders

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.